



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 5. Dezember 2008 (18.12)
(OR. en)**

16882/08

LIMITE

**AGRILEG 223
ENV 961**

VERMERK

des	Generalsekretariats
vom	5. Dezember 2008
Betr.:	Genetisch veränderte Organismen (GVO) - Schlussfolgerungen des Rates

Auf seiner Tagung vom 4. Dezember 2008 hat der Rat (Umwelt) die in der Anlage wiedergegebenen Schlussfolgerungen angenommen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZU GVO

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Europäische Gemeinschaft hat für die Zulassung von genetisch veränderten Organismen (GVO) einen umfassenden Rechtsrahmen erlassen, mit dem ein hohes Maß an Schutz der Umwelt und der Gesundheit von Mensch und Tier vor den potenziellen Risiken von GVO gewährleistet und dem Vorsorgeprinzip Rechnung getragen werden soll.
- (2) GVO, insbesondere der Anbau genetisch veränderter Pflanzen (GVP), sind unter Wissenschaftlern und generell in der Gesellschaft Gegenstand von Diskussionen und werfen Fragen hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit, die Umwelt und die Ökosysteme auf.
- (3) Daher ist eine verbesserte Umsetzung dieses Rechtsrahmens anzustreben, damit die Ziele der EG-Rechtsvorschriften besser erreicht werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass Anträge weiterhin ohne unnötige Verzögerungen bearbeitet und die einschlägigen internationalen Verpflichtungen der EG erfüllt werden müssen -

HÄLT in diesem Zusammenhang folgende Bereiche für besonders wichtig:

i) Ausbau der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Überwachungsvorschriften

1. UNTERSTREICHT DIE NOTWENDIGKEIT, die Bewertungsverfahren der Mitgliedstaaten stärker zu harmonisieren, wobei sicherzustellen ist, dass jede GVP einzeln analysiert werden sollte, und zwar unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Ökosysteme/der Umwelt und der besonderen geografischen Gebiete, in denen die GVP nach geltendem Recht angebaut werden können;

2. BEGRÜSST, dass die Kommission der EFSA das Mandat erteilt hat, eine Überprüfung ihrer Leitlinien für die Bewertung der Umweltrisiken vorzunehmen, die im März 2008 eingeleitet wurde und bis März 2010 abgeschlossen sein soll; FORDERT, dass diese Arbeit nach Möglichkeit vor März 2010 durchgeführt wird, sofern dadurch die Qualität des Konsultationsprozesses nicht beeinträchtigt wird; ERSUCHT die Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass ihre einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtungen sich an der Konsultation, die die EFSA im Zuge der Überprüfung ihrer Leitlinien durchführen wird, in vollem Umfang beteiligen und ihren Beitrag zu dem Projekt fristgerecht vorlegen;
3. STELLT MIT BEFRIEDIGUNG FEST, dass das Mandat zur Weiterentwicklung und Aktualisierung ihrer Leitlinien zur Prüfung der Umweltverträglichkeit von GVO, das die Kommission der EFSA erteilt hat, insbesondere eine detaillierte Bewertung der langfristigen Umweltauswirkungen der GVP vorsieht und sich auf die folgenden Bereiche erstreckt: Prüfung der Umwelt-Risiken, welche die potenziellen Auswirkungen genetisch veränderter Pflanzen auf Nichtzielorganismen mit sich bringen, Ausarbeitung von Kriterien für Feldversuche zur Bewertung der potenziellen ökologischen Auswirkungen von GVP auf die Aufnahmemilieus, Ermittlung der geografischen Gebiete in der EU, in denen GVP frei gesetzt werden können, Wahl der geeigneten Techniken zur Bewertung potenzieller langfristiger Auswirkungen von GVP, einschließlich experimenteller und theoretischer Methoden, sowie Empfehlungen für die Erstellung einschlägiger Grundlageninformationen;
4. STELLT MIT BEFRIEDIGUNG FEST, dass in diesem Zusammenhang auch die Prüfung der Bewertungskriterien und der Anforderungen an die Bewertung sämtlicher GVP, einschließlich solcher, die unter die Richtlinie 91/414/EWG fallende Wirkstoffe produzieren, und herbizidtoleranter GVP, in das Mandat aufgenommen wurde, mit dem Ziel, diese gegebenenfalls zu überprüfen; UNTERSTREICHT, dass insbesondere die potenziellen ökologischen Folgen der Veränderungen beim Einsatz von Herbiziden aufgrund herbizidtoleranter GVP untersucht werden müssen und dass für Kohärenz zwischen den Bewertungen der GVP, die unter die Richtlinie 91/414/EWG fallende Wirkstoffe produzieren, und den Bewertungen der entsprechenden Pflanzenschutzmittel gesorgt werden muss; ERINNERT DARAN, dass für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nationale Zulassungen erforderlich sind, und BETONT DIE NOTWENDIGKEIT, dass die in der Kommission und in den Mitgliedstaaten an der Durchführung der Richtlinie 2001/18/EG und der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln mitwirkenden Stellen ihre Tätigkeit so weit wie möglich aufeinander abstimmen;

5. BEGRÜSST, dass die Kommission der überarbeiteten Fassung dieser Leitlinien, die nach dem geeigneten Komitologieverfahren anzunehmen sind, normativen Charakter geben will, um die Mitgliedstaaten, ohne ihren endgültigen Standpunkten zu dem Text, den die Kommission vorgeschlagen wird, vorzugreifen, in vollem Umfang in die Ausarbeitung und Annahme dieser Leitlinien einzubinden; ERINNERT DARAN, dass diese Leitlinien die Kriterien für die Risikobewertung gemäß den Anhängen der Richtlinie 2001/18/EG erfüllen müssen und bei Bedarf regelmäßig aktualisiert werden müssen, da sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Analyseverfahren laufend weiterentwickeln;

6. UNTERSTREICHT, dass eine regelmäßige eingehende Überwachung, die von den Inhabern der Zulassungen nach den für die betreffenden GVO geeigneten Verfahren durchgeführt wird, zur Feststellung etwaiger potenziell schädlicher Auswirkungen unerlässlich ist; BEGRÜSST, dass die Kommission ein Muster für den regelmäßigen Überwachungsbericht erstellt hat, nach dem sämtliche relevanten Informationen betreffend die Überwachung durch die Inhaber der Zulassungen in koordinierter Weise eingeholt werden können; BETONT die Bedeutung einzelstaatlicher Überwachung und ERSUCHT die Mitgliedstaaten zu prüfen, ob sie ihre eigenen Überwachungstätigkeiten entwickeln und durchführen wollen, und die Ergebnisse ungeachtet der rechtlichen Verantwortlichkeit der Zulassungsinhaber möglichst bald zu übermitteln; WEIST DARAUF HIN, dass die Ergebnisse der Überwachung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sind; ERSUCHT die Kommission und die Mitgliedstaaten, für geeignete Folgemaßnahmen zu allen im Zuge der Überwachungstätigkeiten erhaltenen Informationen zu sorgen. Diese Folgemaßnahmen zu den in den Jahren nach der Erteilung der Zulassung durchgeführten Überwachungstätigkeiten sollten gegebenenfalls dazu dienen, die wichtigsten Feststellungen gegebenenfalls zu erhärten, so dass interaktiven oder kumulativen Auswirkungen, die innerhalb eines einzigen Jahres kaum umfassend zu bewerten sind, entgegengewirkt werden kann; ERINNERT DARAN, dass die zuständige Behörde, sollten neue Informationen zu den Risiken von GVO für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt vorliegen, für die zuständigen Behörden der übrigen Mitgliedstaaten einen Bewertungsbericht zu erstellen hat, in dem angegeben wird, ob und wie die Bedingungen für die Zustimmung zu überprüfen sind oder ob diese Zustimmung entzogen werden sollte;

ii) *Beurteilung des sozio-ökonomischen Nutzens und der sozio-ökonomischen Risiken*

7. WEIST DARAUF HIN, dass die Verordnung 1829/2003 unter bestimmten Bedingungen zulässt, dass im Zuge einer Einzelfallprüfung weiteren speziell bei den zu prüfenden GVO berücksichtigungswerten Faktoren im Verlaufe des Risikomanagements, das sich an die Risikobewertung anschließt, Rechnung getragen wird. Die Risikobewertung trägt der Umwelt sowie der Gesundheit von Mensch und Tier Rechnung; HEBT HERVOR, dass die Kommission gemäß der Richtlinie 2001/18/EWG einen eigenen Bericht über die Durchführung der Richtlinie vorzulegen hat, der unter anderem eine Bewertung der sozio-ökonomischen Auswirkungen der absichtlichen Freisetzung und des Inverkehrbringens von GVO umfasst;

ERSUCHT die Mitgliedstaaten, bis Januar 2010 relevante Informationen zu den sozio-ökonomischen Auswirkungen des Inverkehrbringens von GVO einschließlich des sozio-ökonomischen Nutzens und der sozio-ökonomischen Risiken sowie der agronomischen Nachhaltigkeit einzuholen und auszutauschen; FORDERT die Kommission AUF, dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Juni 2010 den anhand der Informationen, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt wurden, erstellten Bericht vorzulegen, damit dieser Bericht in gebührender Weise geprüft und weiter erörtert werden kann.

iii) *Bessere Nutzung einschlägiger Kenntnisse*

8. BEGRÜSST die Bemühungen und Maßnahmen der EFSA seit 2006 im Hinblick auf eine größere Transparenz hinsichtlich der Berücksichtigung der Bemerkungen der Mitgliedstaaten in ihren Gutachten;

9. UNTERSTREICHT, dass den Mitgliedstaaten im Bewertungsprozess, insbesondere bei der Bewertung von für den Anbau vorgesehenen GVO, eine entscheidende Rolle zukommt, und ERSUCHT sämtliche Mitgliedstaaten, sich aktiv an diesem Bewertungsprozess zu beteiligen; BEGRÜSST den Vorschlag der EFSA, neben dem Mitgliedstaat, dem die Umweltverträglichkeitsprüfung übertragen wurde, auch andere Mitgliedstaaten unmittelbar in die Risikobewertung einzubinden; UNTERSTREICHT, dass dieser Vorschlag eine stärkere Einbindung der Mitgliedstaaten und eine bessere Berücksichtigung der nationalen oder regionalen Besonderheiten bewirken wird; APPELLIERT AN die Mitgliedstaaten, ihre Standpunkte zu den während der Risikobewertung gesammelten Informationen vorzulegen; BETONT, dass die Mitgliedstaaten Gelegenheit erhalten sollten, ihre Standpunkte zu den im Laufe der Risikobewertung gesammelten Zusatzinformationen vorzulegen, ohne deswegen das Verfahren zu verlangsamen, damit die EFSA über ihre Standpunkte zu dem gesamten Dossier auf dem Laufenden gehalten wird, und dass ihren Anliegen gebührend Rechnung zu tragen ist;
10. FORDERT die EFSA und die Mitgliedstaaten AUF, gemäß Artikel 36 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 mit dem Aufbau eines umfangreichen Netzes europäischer Wissenschaftsorganisationen fortzufahren, in dem alle Disziplinen vertreten sind, insbesondere auch solche Disziplinen, die sich mit ökologischen Fragen im Zusammenhang mit der Bewertung der mit dem Anbau von GVP oder ihrer Verwendung in der Ernährung von Mensch oder Tier verbundenen Risiken beschäftigen, und so eine wirksame Koordination und Kooperation unter Wissenschaftlern sicherzustellen; UNTERSTREICHT, dass Artikel 30 der Verordnung 178/2002 uneingeschränkt einzuhalten ist; dieser besagt, dass die EFSA eine Beobachtungsfunktion wahrzunehmen hat, um potenzielle Divergenzen zwischen wissenschaftlichen Gutachten zu einem frühen Zeitpunkt festzustellen, und dass sie gehalten ist, mit den Mitgliedstaaten und den nationalen Stellen zusammenzuarbeiten, um entweder die Divergenzen zu beseitigen oder die strittigen wissenschaftlichen Fragen deutlich darzulegen;
11. HEBT HERVOR, dass die Mitgliedstaaten und die Kommission für eine systematische, unabhängige Erforschung der potenziellen Risiken sorgen sollten, die mit der absichtlichen Freisetzung oder dem Inverkehrbringen von GVO verbunden sind; WEIST DARAUF HIN, dass die hierfür erforderlichen Ressourcen von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten nach ihren jeweiligen Haushaltsverfahren bereitgestellt werden und unabhängige Forscher Zugang zu allem relevanten Material erhalten sollten, wobei jedoch die Rechte des geistigen Eigentums zu beachten sind; ERSUCHT die Mitgliedstaaten und die Kommission, Daten über diese Forschung zu erheben und auszutauschen;

iv) Europäische Kennzeichnungsschwellen für Saatgut

12. NIMMT mit Interesse zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Studien über die Folgen der Festlegung von Schwellen für Saatgut demnächst abschließen wird;
13. BEKRÄFTIGT, dass auf europäischer Ebene eine oder mehrere Kennzeichnungsschwellen für das zufällige Vorhandensein zugelassener GVO in herkömmlichem Saatgut festgelegt werden müssen, und zwar anhand relevanter Kriterien, wie beispielsweise sortenspezifischer Kriterien und wissenschaftlicher Erkenntnisse; UNTERSTREICHT, dass diese Schwellen auf dem niedrigsten, für alle Wirtschaftsteilnehmer praktikablen, angemessenen und zweckmäßigen Niveau festgelegt werden müssen, und dass sie dazu beitragen müssen, den Erzeugern und Verwendern von herkömmlichen, ökologischen und genetisch veränderten Erzeugnissen gleichermaßen Wahlfreiheit zu garantieren;
14. ERSUCHT die Kommission, so rasch wie möglich nach dem Verfahren gemäß Artikel 5a des Beschlusses 1999/468/EG angemessene Schwellen festzulegen und dabei die jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Informationen über Verbreitung, zufälliges Vorhandensein und zufällige Vermischung während der Gewinnung, Vermehrung, Vermarktung und Verwendung des Saatguts zu berücksichtigen.

v) Empfindliche und/oder geschützte Gebiete

15. UNTERSTREICHT, dass den regionalen und lokalen Besonderheiten der Mitgliedstaaten, insbesondere den Ökosystemen/Milieus und besonderen geografischen Gebieten, die in Bezug auf die biologische Vielfalt und spezielle landwirtschaftliche Verfahren von hohem Wert sind, im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften uneingeschränkt Rechnung zu tragen ist;

16. WEIST DARAUF HIN, dass nach den geltenden Zulassungsverfahren für den Anbau von GVO auf der Grundlage einer auf wissenschaftliche Informationen gestützten Umweltverträglichkeitsprüfung im Einzelfall Verwaltungs- und Beschränkungsmaßnahmen, bis hin zu Verboten, ergriffen werden können, um den Schutz der biologischen Vielfalt in gefährdeten Ökosystemen sicherzustellen, etwa in gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EG ausgewiesenen Natura 2000-Schutzgebieten; FORDERT, dass diesen Ökosystemen deshalb besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird; ERSUCHT die Mitgliedstaaten und die Antragsteller, im frühestmöglichen Stadium der Evaluierung sachdienliche Informationen vorzulegen; HEBT HERVOR, dass gemäß dem Gemeinschaftsrecht, zu dem das Vorsorgeprinzip gehört, bei Regionen - einschließlich kleiner abgelegener Inseln -, deren Landwirtschaft oder Umwelt spezifische Besonderheiten aufweist, im Einzelfall Verwaltungs- und Beschränkungsmaßnahmen bis hin zu Verboten für den Anbau von GMO erforderlich sein können.
17. HEBT HERVOR, dass die Mitgliedstaaten im Rahmen der einzelstaatlichen Koexistenzmaßnahmen gemäß Artikel 26 a der Richtlinie 2001/18/EG und unter Berücksichtigung der Empfehlung 2003/556/EG der Kommission Maßnahmen zur Regulierung des Anbaus von GVP ergreifen können; NIMMT ZUR KENNTNIS, dass die Kommission 2009 einen Bericht über die Durchführung der einzelstaatlichen Koexistenzstrategien vorlegen will, der sich auf Beiträge der Mitgliedstaaten stützen wird;
18. WEIST DARAUF HIN, dass im Einklang mit dem einschlägigen einzelstaatlichen Recht GVO-freie Zonen auf der Grundlage freiwilliger – auch stillschweigender – Vereinbarungen zwischen den betroffenen Wirtschaftsteilnehmern in dem jeweiligen Gebiet eingerichtet werden können, und dass alle betroffenen Wirtschaftsteilnehmer ordnungsgemäß über die beabsichtigte Einrichtung einer GVO-freien Zone informiert werden müssen, um die Wahlfreiheit zu garantieren.